
Impulse für die Überarbeitung der Deutschen Nachhaltigkeits- strategie vor dem Hintergrund der COVID-19-Pandemie:

Ohne nachhaltige Entwicklung
keine Gesundheit, ohne
Gesundheit keine nachhaltige
Entwicklung

wissenschaftsplattform nachhaltigkeit 2030

Empfohlene Zitierweise

Wissenschaftsplattform Nachhaltigkeit 2030 und SDSN Germany (Eds.) (2020) „Impulse für die Überarbeitung der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie vor dem Hintergrund der COVID-19-Pandemie: Ohne nachhaltige Entwicklung keine Gesundheit, ohne Gesundheit keine nachhaltige Entwicklung“. Impulse von: V. Clemens, J. M. Fegert, S. Gottschall, C. Liedtke, P. von Philipsborn, P. Thürmann, D. Weller, M. Voss. Unter Mitarbeit von: A. Ellersiek und A. Kloke-Lesch

DOI

10.2312/iass.2020.047



Impulse für die Überarbeitung der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie vor dem Hintergrund der COVID-19-Pandemie:

Ohne nachhaltige Entwicklung keine Gesundheit, ohne Gesundheit keine nachhaltige Entwicklung

Im [Beirätedialog](#) kommen seit 2018 Vertreterinnen und Vertreter ausgewählter, zentraler wissenschaftlicher Beiräte der Bundesregierung zusammen, um sich zu Herausforderungen wissenschaftlicher Politikberatung und nachhaltiger Entwicklung auszutauschen. Der Beirätedialog, eine Initiative von Wissenschaftsplattform Nachhaltigkeit 2030 (wpn2030) und SDSN Germany, wird am 21. September 2020 zum dritten Mal stattfinden.

Die Teilnehmer*innen des Beirätedialogs 2019 haben sich mit [konkreten Empfehlungen](#) in die Überarbeitung der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie (DNS) eingebracht und diese zuvor am 26.11.2019 im Bundeskanzleramt einer Unterabteilungsleiter-Arbeitsgruppe aller Bundesministerien vorgestellt.

Um zwischen den jährlichen Dialogveranstaltungen auch Vertiefungen zu aktuellen nachhaltigkeitsrelevanten Fragestellungen zu ermöglichen, wurde die Veranstaltungsreihe [„Beiräte im Gespräch“](#) in das Leben gerufen.

Die erste Veranstaltung dieser Reihe fand am 22. und 24. Juli 2020 zu dem Thema [„Ohne nachhaltige Entwicklung keine Gesundheit, ohne Gesundheit keine nachhaltige Entwicklung“](#) (online) statt.

Aus ihren bestehenden Empfehlungen aus dem Beirätedialog 2019 leiten die Impulsgebenden Teilnehmer*innen drei übergreifende Herausforderungen für die DNS als Ausgangspunkte für die Veranstaltung zu dem Thema „Ohne nachhaltige Entwicklung keine Gesundheit, ohne Gesundheit keine nachhaltige Entwicklung“ ab:

1. Die DNS wird dem Prinzip der Sustainable Development Goals (SDGs) / der Agenda 2030 „Niemanden zurücklassen“ noch nicht ausreichend gerecht.
2. Die DNS nimmt die Wechselwirkungen zwischen den SDGs / der Agenda 2030 und ihren Zielbereichen noch nicht ausreichend in den Blick.
3. Die DNS verbindet die multiplen Wirkungsebenen (lokal, national, regional und global) der SDGs / Agenda 2030 noch nicht ausreichend.

Diese drei Herausforderungen wurden in der Veranstaltung zu dem Thema „Ohne nachhaltige Entwicklung keine Gesundheit, ohne Gesundheit keine nachhaltige Entwicklung“ von den Impulsgeber*innen aufgegriffen und vor dem Hintergrund der COVID-19-Pandemie erneut diskutiert. Das hier vorliegende Papier präsentiert die aus der Veranstaltung erarbeiteten Impulse für die Überarbeitung der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie vor dem Hintergrund der COVID-19-Pandemie.

Zusammenfassung der Kernimpulse

Herausforderung 1

„Leave no one behind“ – Wie können wir aus der COVID-19-Pandemie heraus nachhaltige Entwicklung inklusiver gestalten?

Das Berichtswesen der DNS stärker mit dem Sektor /Ressort-spezifischen Berichtswesen verbinden, um **durch die Pandemie entstandene und sich verstärkende Ungleichheiten besser identifizieren und ihnen entgegensteuern zu können:**

- Wechselwirkungen der COVID-19-Pandemie mit bestehenden gesundheitsbezogenen Indikatoren, z. B. der Adipositasquote (Indikatoren 3.1.e und 3.1.f), in das Berichtswesen miteinbeziehen, da diese Risikofaktoren für schwere COVID-19-Erkrankungsverläufe sind.
- Mit der DNS Anstoß geben für ein verbessertes Regelwerk zur Datenerhebung (im Gesundheitswesen) [unter Berücksichtigung der Europäischen Datenrechtsbestimmung](#), so dass die Auswirkungen der COVID-19-Pandemie mit Faktoren der sozialen Lagen der Betroffenen („social determinants of health“ = disaggregierte Daten nach Alter, Geschlecht, Wohnort, Bildungsstand und sozioökonomischen Status) verbunden werden können.
- Familien, Haushalte und Quartiere in der DNS als Entstehungsorte von Inklusion und gesamtgesellschaftlicher Resilienz verankern.
- [Das Berichtswesen der DNS zu SDG 10](#) (10.2 Gini-Koeffizient zur Einkommensverteilung) um [aktuelle Daten und Analysen](#) zu den [Wahrnehmungen der sozio-ökonomischen Situation von Haushalten in der Pandemie](#) ergänzen.

Besonders vulnerable und durch die COVID-19-Pandemie betroffene Gruppen in der DNS abbilden:

- Neue Indikatoren aufnehmen, die die bestehenden globalen Indikatoren zu körperlicher Züchtigung und psychischer Gewalt (16.2.1) und zu "sexueller Missbrauch" (16.2.3) in die DNS übersetzen.

Herausforderung 2:

Welche Interdependenzen und Wechselwirkungen zwischen den SDGs und den Zielbereichen der Strategie treten durch die COVID-19-Pandemie besonders hervor?

Die einzelnen **Ressortberichte stärker in gegenseitigen Bezug setzen und gemeinsam in das Berichtswesen zu den Wechselwirkungen der Zielbereiche der DNS einbinden:**

- Die Bedeutung von „Gesundheitskompetenz“ in der Pandemie setzt Interdependenzen zwischen SDG 3 und SDG 4 und „digitalen Kompetenzen“ in den Fokus.
- Auswirkungen der Pandemie auf die Arbeitsbedingungen, u. a. im Gesundheitssystem, geben Anlass, SDG 8 für Deutschland stärker in der DNS in den Blick zu nehmen.
- Pandemieerfahrung beschreibt neue Entwicklungen und Interdependenzen zwischen SDG 3 und den umweltpolitischen Herausforderungen in anderen Zielbereichen: Bsp. SDG 3 mit SDG 2 (Ernährung) und SDGs 9, 11, 13 (Mobilität).
- Das Konzept „planetarer Gesundheit“ in die DNS aufnehmen und dadurch SDG 3 mit Biodiversität (SDGs 13 und 14, 15) sowie mit den SDGs 2, 9, 11 und 12 verbinden.

Herausforderung 3:

Die multiplen politischen Ebenen (lokal, national, regional und global) auf denen die Agenda 2030 / SDGs wirken durch die DNS besser verbinden:

Was lehrt uns die globale Pandemieerfahrung?

DNS mit der globalen Ebene stärker verknüpfen:

- DNS mit der Aktualisierung der Strategie für globale Gesundheit der Bundesregierung verknüpfen.
- Initiativen aus dem Gesundheitsbereich mit globaler Anbindung in das Berichtswesen der DNS einbinden, z. B. die Initiative der Bundesärztekammer, den [„The Lancet Countdown on Health and Climate Change“](#) zu unterstützen.
- Anschlussbedarfe an die globale Agenda 2030 / SDGs über die [Berichtsplattform für die SDGs](#) identifizieren und die an der Überarbeitung der DNS beteiligten Akteure aus den verschiedenen Politikfeldern und Gesellschaftsbereichen in die Erstellung des Voluntary-National Reviews (VNR) Deutschlands einbinden, beispielsweise über die Erstellung von Begleitberichten.

Die DNS stärker auf europäische Transformationsprojekte beziehen:

- Impulse entlang der [Kerntransformationsbereichen](#) des [Globalen Sustainable Development Reports \(GSDR\)](#) in die Ausgestaltung und Umsetzung des European Green Deals einbringen.
- Mit der Übersetzung des globalen Indikators 16.2.3 (Agenda 2030 / SDGs) in die DNS diese an die [neue Strategie im Kampf gegen sexuellen Missbrauch](#) der Europäischen Kommission anbinden.

Auf nationaler Ebene könnte eine **stärkere Einbindung in die DNS von Initiativen und Akteuren aus dem Gesundheitsbereich**, wie z. B. das [Zukunftsforum Public Health](#), das sich für eine Public Health-Strategie für Deutschland einsetzt, zu einer gegenseitigen Stärkung der Strategieentwicklung und -umsetzung führen.

Kommunale, Landes- und Bundesebene stärker mit der DNS verknüpfen:

- Z. B. über den [neuen Pakt für den Öffentlichen Gesundheitsdienst](#) (ÖGD) aus dem Konjunkturpaket der Bundesregierung, der mit dem Maßnahmenkatalog der DNS verbunden und in ihr Berichtswesen einbezogen werden könnte.
- In der Pandemie beobachtete Engpässe und Schwierigkeiten in der Gesundheitsversorgung auf lokaler Ebene in der DNS aufgreifen. Z. B. konnten Fälle, wegen denen die [Kinderschutzhotline](#) kontaktiert wurde, nicht weiterversorgt werden, da die weiterbetreuenden Einrichtungen zeitweise geschlossen waren. Durch die Übersetzung des globalen Indikators 16.2.3 in die DNS, könnten diese und andere Beratungsangebote mit dem Maßnahmenkatalog der DNS verknüpft und in ihr Berichtswesen einbezogen werden.
- Eine stärkere Einbindung von Initiativen, wie der [Deutschen Allianz Klimawandel und Gesundheit \(KLUAG\)](#), in die DNS, die Ärztekammern und anderer medizinischer Berufsverbände in den Bundesländern für Zielbereiche wie das Klima sensibilisieren konnte.
- Durch die DNS Impulse geben, die Kommunen, wie aktuell im Konjunkturpaket, stärker ermächtigen, zum Beispiel die Stadtplanung in Richtung mehr Bewegung, Gesundheit und Klimagerechtigkeit zu entwickeln.
- Über Einbindung des Deutschen Städtetags einen Zusammenschluss von Städten und Kommunen erwirken, z. B. um die Pandemieerfahrung für die Lebenslagen zu analysieren und ein auf Gesundheit ausgerichtetes Resilienzmanagement der Städte und Kommunen ermöglichen.

Impulse für die Überarbeitung der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie vor dem Hintergrund der COVID-19-Pandemie

Ohne nachhaltige Entwicklung keine Gesundheit, ohne Gesundheit keine nachhaltige Entwicklung

Die hier präsentierten Impulse zur Überarbeitung der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie fassen die Beiträge der am 22. und 24. Juli 2020 zum Thema [„Ohne nachhaltige Entwicklung keine Gesundheit, ohne Gesundheit keine nachhaltige Entwicklung“](#) (online) durchgeführten Auftaktveranstaltung der Reihe „Beiräte im Gespräch“ zusammen.

Die eingangs genannten Herausforderungen wurden in der Veranstaltung mit dem Fokus auf die Verbindung von Gesundheit und nachhaltiger Entwicklung vor dem Hintergrund der COVID-19-Pandemie vertieft und in den hier präsentierten Impulsen zusammengefasst.

Die folgenden Expert*innen steuerten Impulse zur Veranstaltung bei:

- Maike Voss, Globale Gesundheit, Stiftung Wissenschaft und Politik
- Prof. Jörg M. Fegert, Wissenschaftlicher Beirat für Familienfragen beim BMFSFJ
- Prof. Petra Thürmann, Sachverständigenrat zur Begutachtung der Entwicklung im Gesundheitswesen
- Peter von Philipsborn, Zukunftsforum Public Health
- Prof. Christa Liedtke, Wissenschaftsplattform Nachhaltigkeit 2030 und SDSN Germany
- Prof. Vera Clemens, Medizinische Kinderschutzhotline, Universitätsklinikum Ulm
- Dirk Weller, BARMER
- Sebastian Gottschall, Arbeiterwohlfahrt (AWO) Bundesverband e.V.

Fragen und Anregungen der Teilnehmer*innen wurden über einen Livestream aufgenommen. Eine Teilnehmer*innen – Liste ist diesem Papier beigelegt. Die hier formulierten Impulse bauen zudem auf den aktuellen Positionierungen zur Überarbeitung der DNS der Veranstalter auf: aus der [Stellungnahme von SDSN Germany](#) und aus dem [Impulspapier der wpn2030](#).

Herausforderung 1:

„Leave no one behind“ – Wie können wir aus der COVID-19-Pandemie heraus nachhaltige Entwicklung inklusiver gestalten?

Der aktuelle [Fortschrittsbericht zu den globalen Nachhaltigkeitszielen \(Sustainable Development Goals \(SDGs\)\)](#) des Generalsekretärs der Vereinten Nationen (VN) nimmt vor dem Hintergrund der COVID-19-Pandemie besonders die Auswirkungen der Pandemie auf die ärmsten und vulnerabelsten Gruppen in unseren Gesellschaften in den Blick. Bestehende Ungleichheiten würden durch die Pandemie in zuvor unvorhersehbaren Maßen verstärkt. Auch im Entwurf der (nicht verabschiedeten) [Abschlussklärung](#) des Hochrangigen Politischen Forums der VN zu Nachhaltiger Entwicklung (High-level Political Forums on Sustainable Development (HLPF)) 2020 wird dazu aufgerufen, den Fokus der Pandemiebewältigung besonders auf die “poorest/people in vulnerable situations ... most affected by the COVID-19 crisis“ zu richten:

„We recognize that the poorest and the people in vulnerable situations are the most affected by the COVID-19 crisis. We will place a focus on those people in our policies and actions. We will undertake every effort to leave no one behind and to reach the furthest behind first. Those whose needs are reflected in the 2030 Agenda include all children, youth, persons with disabilities, people living with HIV/AIDS, older persons, indigenous peoples, refugees and internally displaced persons and migrants. We also intend to see the Goals and targets met for all nations and peoples and for all segments of society.“

Dieser Aufruf wird von den Teilnehmer*innen der Veranstaltung unterstrichen. Vera Clemens von der [Medizinischen Kinderschutzhotline](#) berichtet beispielhaft von einem Wiederanstieg, nach einem anfänglichen Einbruch in den Anfragen an die Hotline in den ersten Wochen der Pandemie. Eine Verschärfung von Ungleichheiten durch die Krise sei auch z. B. daran zu beobachten, dass sozial schwache Familien und Haushalte ohne Internet-/PC-Zugang bzw. entsprechenden Fähigkeiten über online Beratungsangeboten schwer zu erreichen seien. Sebastian Gottschall von der Arbeiterwohlfahrt (AWO) bestätigt diese Schwierigkeiten in der Betreuung und Unterstützung älterer Menschen.

Petra Thürmann vom Sachverständigenrat zur Begutachtung der Entwicklung im Gesundheitswesen (SVR Gesundheit) bestätigt, dass die ersten Monaten der COVID-19-Pandemie die vulnerablen Gruppen in unserer Gesellschaft am schlimmsten betroffen haben. Es fehle aber die Datengrundlage, um diese Gruppen umfassend identifizieren und zielgenau unterstützen zu können. Um dies zu ermöglichen, müsse das Regelwerk zur Datenerhebung im Gesundheitswesen so gestaltet werden, dass in Deutschland, wie in anderen Ländern bereits getan, eine umfassendere Datengrundlage über die Verbindung von personenbezogenen Daten zu den Auswirkungen der COVID-19-Pandemie mit anderen Faktoren der sozialen Lagen der Betroffenen, den sogenannten „social determinants of health“ (disaggregierte Daten nach Alter, Geschlecht, Wohnort, Bildungsstand und sozioökonomischen Status), geschaffen werden kann. Sebastian Gottschall bestätigt, dass die sozialen Lagen wie Armut, Alter oder Teilhabe direkt die Lebensqualität und Gesundheit und damit die Resilienz gegenüber der Pandemie und anderer Schocks beeinflussen. Petra Thürmann verweist auf die jüngste [Pressemitteilung](#) des SVR Gesundheit, laut derer in Deutschland viel über die Themen Datenschutz und Datensicherheit diskutiert, „aber wenig über die Chancen eines lernenden Gesundheitssystems und einer verantwortlichen Datennutzung für eine bessere Gesundheitsversorgung“ gesprochen würde. Anderen EU-Mitgliedstaaten, wie Dänemark oder Estland, seien bei der Digitalisierung ihres Gesundheitswesens fortgeschrittener und auch in diesen Ländern gelte die EU-Datenschutzgrundverordnung. Um diese Faktoren für die Identifikation von besonders betroffenen Gruppen zu ermöglichen, bedürfe es einer [verantwortlichen Nutzung digitaler](#)

Daten. Die Notwendigkeit und Bereitschaft, diesbezügliche Änderungen voranzutreiben, biete sich aus der Pandemiesituation heraus.

Mit Blick auf den während der Pandemie beobachteten Effekt der Nichtinanspruchnahme medizinischer Versorgung durch teils schwererkrankte und akut behandlungsbedürftige Patienten wird auf Ängste vor Ansteckung und die Wichtigkeit von patientengerechter Risikokommunikation und Gesundheitskompetenz hingewiesen. Es wird auch gemahnt, die durch die Pandemie zunehmende Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit könne sich in Verunsicherung und Existenzängsten widerspiegeln und wie Dirk Weller mit Blick auf die USA warnt, zu einem weiteren Rückzug besonders vulnerabler Gruppen aus dem Versorgungssystem führen. Um diese Ängste und Verunsicherungen frühzeitig beobachten und adressieren zu können, rät Prof. Stefan Liebig vom Rat für Sozial- und Wirtschaftsdaten (RatSWD) [das Berichtswesen der DNS zu SDG 10](#) (10.2 Gini-Koeffizient zur Einkommensverteilung) um [aktuelle Daten und Analysen](#) zu den [Wahrnehmungen der sozio-ökonomischen Situation von Haushalten in der Pandemie zu ergänzen](#). Bewußtseinsstudien liegen ebenfalls vor. Eine integrierte Auswertung und Weiterentwicklung dieser Daten vor, während und nach der Pandemie sei für ein effektives Resilienzmanagement notwendig. Den sich durch die Pandemie verstärkenden Ungleichheiten bzw. der Wahrnehmung dieser in der Bevölkerung müsse entschieden entgegengesteuert werden, um den Zusammenhalt nicht zu gefährden und nachhaltige Entwicklung als gesamtgesellschaftlichen Auftrag wahrnehmen zu können.

Damit die DNS hierfür einen Anstoß bietet, bedürfe es nicht unbedingt der Aufnahme neuer Indikatoren, jedoch einer genaueren Betrachtung und Verwendung gesundheitsrelevanter Indikatoren auch außerhalb von SDG 3 (Gesundheit und Wohlbefinden für alle an allen Orten). Die DNS könne dies unterstützen, indem die Wechselwirkungen mit bestehenden gesundheitsbezogenen Indikatoren, z. B. der Adipositasquote (Indikatoren 3.1.e und 3.1.f), in das Berichtswesen der Strategie miteinbezogen werden. Peter von Philipsborn nennt in diesem Zusammenhang eine zweite, aktuell wenig beachtete Pandemie, die der „nichtübertragbaren Krankheiten“. Der Zusammenhang bestehe darin, dass z. B. Patienten mit Adipositas und Diabetes mellitus zu den Risikogruppen für schwere COVID-19-Erkrankungsverläufe zählen. Durch COVID-19 sind darüber hinaus Behandlungen in der Regelversorgung ins Stocken geraten. Verschleppte Erkrankungen und daraus entstehende ökonomische Folgekosten würden das Gesundheitssystem noch länger belasten. Eine neue gesellschaftliche Debatte um Resilienz im Gesundheitswesen habe bereits begonnen. Die DNS könnte diese Debatte dadurch voranbringen, indem ihr Berichtswesen wesentlich stärker mit bestehender und bereichsspezifischer Forschung und Expertise zu diesen Wechselwirkungen verknüpft und dadurch sinnvoll ergänzt wird. So könnte die DNS die Ressortpolitiken weiter für das Prinzip von „Niemanden zurücklassen“ sensibilisieren, so dass entstehende bzw. sich durch die COVID-19-Pandemie verstärkende Ungleichheiten besser identifiziert und ihnen frühzeitig entgegengesteuert werden kann.

Jörg M. Fegert, Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beirats für Familienfragen beim BMFSFJ, berichtet von den Auswirkungen der COVID-19-Pandemie auf das gewaltfreie Aufwachsen in Deutschland, das - als Grundvoraussetzung für die Gesundheit von Kindern und Heranwachsenden und der gesamtgesellschaftlichen Gesundheit – in der DNS noch nicht abgebildet sei. Er schlägt neue Indikatoren vor, die die bestehenden globalen Indikatoren 16.2.1 „körperliche Züchtigung und psychische Gewalt“ und 16.2.3 "sexueller Missbrauch" übersetzen. Zuletzt habe die „Causa Bergisch Gladbach“, ein Ring von organisierter online Darstellung und Konsum (sexueller) Gewalt gegen Kinder mit ca. 30.000 Täterspuren in alle Bundesländer, gezeigt, dass ein gewaltfreies Aufwachsen in Deutschland nicht selbstverständlich ist. Das im Koalitionsvertrag verankerte [„Aktionsprogramm zur Prävention und Unterstützung für von Gewalt betroffene Frauen und Kinder“](#) und die kürzlich veröffentlichte [Gleichstellungsstrategie](#) des BMFSFJ, stellen deutliche Bezüge zu der Agenda 2030 / SDGs her. Auch das BMJV betone im aktuellen [Ressortbericht](#): „Zwar erscheinen mehrere Unterziele von SDG 16 innerhalb Deutschlands als weitgehend verwirklicht. Angesichts aktueller gesellschaftlicher Entwicklungen wird aber deutlich, dass es weiterer großer Anstrengungen bedarf, um das bereits Erreichte zu bewahren und auszubauen.“ (S.8). Vor diesem Hintergrund stelle der

Bericht in Aussicht, „[D]en großen Stellenwert von Kindern und ihren Rechten für die Gesellschaft [...] mit der Erarbeitung eines Gesetzentwurfs zur ausdrücklichen Verankerung der Grundrechte von Kindern im Grundgesetz und der damit einhergehenden Sichtbarmachung der bestehenden kinderspezifischen Garantien der Verfassung zum Ausdruck [zu bringen] und handelt somit sichtbar im Lichte des Gebotes des Kinderschutzes aus SDG 16.2.“ (S.26). Auf diesen Initiativen und auf den Beratungen des vom BMFSFJ neu gegründeten [Nationalen Rates gegen sexuelle Gewalt gegen Kinder](#) aufbauend, könnte eine gemeinsame Übersetzung dieser Indikatoren in die DNS vorangetrieben werden. Die grundlegende Motivation, Nachhaltigkeitspolitik für vulnerable Gruppen und nachfolgende Generationen zu machen, müsse durch deren Partizipation und Information im Rahmen der Nachhaltigkeitsstrategie ersichtlich werden.

Das Statistische Bundesamt kündige auf der neuen [Berichtsplattform für die SDGs](#) bereits an, dass derzeit nach möglichen Datenquellen für den Indikator 16.2.3 gesucht wird. Jörg M. Fegert und Vera Clemens weisen hierfür zwei Möglichkeiten auf: die Erhebung aktueller Missbrauchsfälle bei Kindern und Jugendlichen (bis 18 Jahre) und die retrospektive Erhebung, als ein Aspekt der sogenannten adverse childhood experiences (ACE), anhand von Befragungen der jüngsten Erwachsenengeneration (Alter: 18-29 Jahre). Geraten werde, beide Möglichkeiten für die Übersetzung der Indikatoren 16.2.1 und 16.2.3 wahrzunehmen. Die für Deutschland 2019 erstmals erhobenen [Daten zu den adverse childhood experiences \(ACE\)](#) könnten dem globalen Indikator entsprechend fortgeschrieben werden, womit die DNS an die Agenda 2030 und die globalen Nachhaltigkeitsziele anschließen könnte. Um besonders auch in Krisensituationen Präventionspolitik und ein zeitnahe Nachsteuern zu ermöglichen, sollten diese Daten durch aktuelle Daten ergänzt werden. Vera Clemens betont, dass bis zu 90% der Fälle von Kindesmisshandlung vom Gesundheitswesen in Europa nicht erkannt werden. Ein Problem läge in Deutschland in der mangelnden Interaktion zwischen dem Gesundheitswesen und der Jugendhilfe. Trotz des Bundeskinderschutzgesetzes von 2012, welches diese als Partner stärker zusammenbringen sollte, herrsche noch immer viel Verunsicherung, beispielsweise bezogen auf die ärztliche Schweigepflicht. Auch deshalb bedürfe es einer Verbesserung der gesetzlichen Rahmenbedingungen für die Verarbeitung und Verbindung von personenbezogenen Daten. Die Übersetzung des globalen Indikators in die DNS könnte einen Beitrag dazu leisten, diese Rahmenbedingungen zu verbessern und so auch andere besonders vulnerable Gruppen besser identifizieren und zielgerichteter unterstützen zu können.

Herausforderung 2:

Welche Interdependenzen und Wechselwirkungen zwischen den SDGs und den Zielbereichen der Strategie treten durch die COVID-19-Pandemie besonders hervor?

Petra Thürmann verweist mit Bezug auf die [Empfehlungen des SVR zur Überarbeitung der DNS](#) auf zahlreiche Wechselwirkungen innerhalb des Gesundheitssystems und zu den anderen Zielbereichen der DNS. Die folgende Grafik visualisiert die in der Veranstaltung angesprochenen in der Pandemiesituation nochmal besonders hervorgetretenen Wechselwirkungen am Nexus zwischen SDG 3 und den anderen Zielbereichen der Agenda 2030 / SDGs:

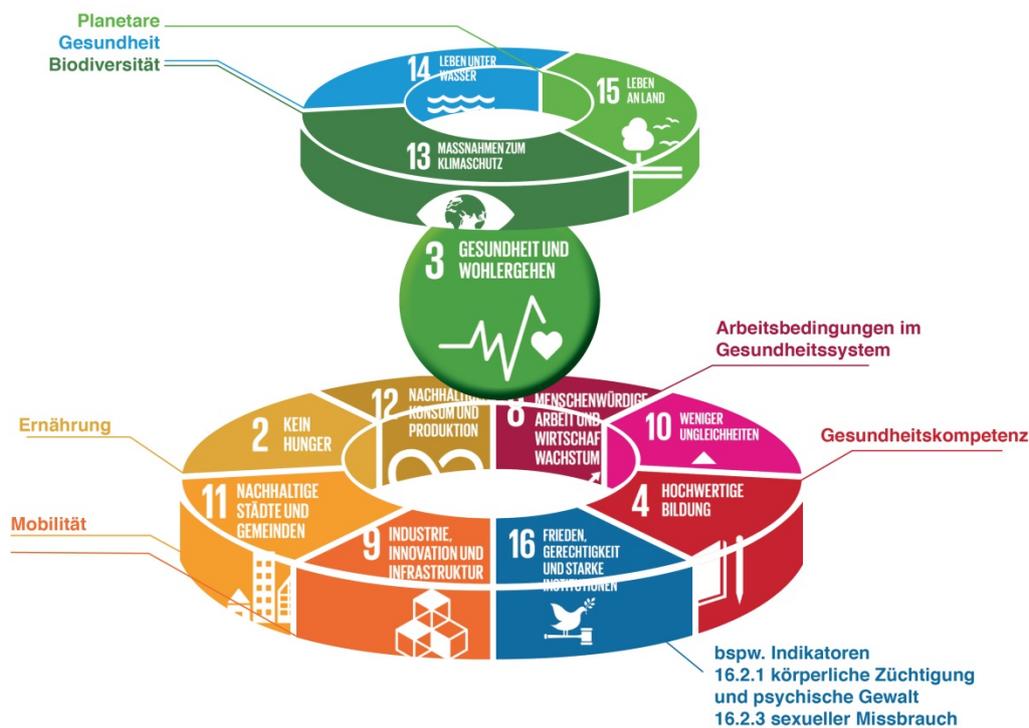


Abbildung 1: Interdependenzen und Wechselwirkungen zwischen den SDGs und den Zielbereichen der DNS vor dem Hintergrund der COVID-19-Pandemie¹

In der Pandemiesituation besonders deutlich hervorgetreten sei die Bedeutung von individueller und bevölkerungsbezogener Gesundheitskompetenz und wie sehr diese bspw. durch den sozio-ökonomischen und den Bildungsstatus (zwei soziale Determinanten) beeinflusst werde. Jörg M. Fegert betont die Renaissance der Familie bzw. der Haushalte als sorgende Gemeinschaften. Der Haushalt habe in der Pandemie als Ort des Unterrichts und der Kompetenzbildung, des Arbeitens und miteinander Lebens einen enormen Bedeutungszugewinn erfahren, in der DNS werde er aber noch primär als Ort ökonomischer Wertschöpfung gesehen. Anzuraten sei, Haushalte in ihrer gesellschaftlichen Funktion ganzheitlicher zu betrachten. Die DNS könnte aus der Pandemieerfahrung heraus einen stärkeren Bezug auf die Entwicklung von Ressourcen nehmen, wie zwischengenerationelle Unterstützung sowie Bildungs- und Entfaltungsmöglichkeiten, die die Resilienz von Haushalten und Familien langfristig stärken. Besonders im Hinblick auf die digitalen Kompetenzen habe sich durch die COVID-19-Pandemie gezeigt, dass in manchen Haushalten der technische Zugang fehle, während in anderen Haushalten die Kompetenzen entwickelt werden müsse, damit bspw. digitalen Beratungs- oder Betreuungsdienste auch genutzt und der Entwicklung

¹ SDG Icons: http://www.bmz.de/de/themen/2030_agenda/

von Haushalts- und Familienressourcen zu Gute kommen können. Sebastian Gottschall und Christa Liedtke, von SDSN Germany entsandte Ko-Vorsitzende der wpn2030 und Leiterin der Abteilung Nachhaltiges Produzieren und Konsumieren des Wuppertal Instituts für Klima, Umwelt und Energie, ergänzen, dass es besonders bezogen auf Alleinlebende auch gelte, in Quartieren, diese Kompetenzen für eine gestärkte Resilienz umfassender zu betrachten und strukturell zu stärken. Christa Liedtke hebt hervor, dass Diskussionen mit dem Deutschen Städtetag erfolgen sollten und ein Zusammenschluss von Städten und Kommunen angestrebt werden sollte, um in der Pandemie erhobene Daten sichtbar zu machen und den Kommunen Grundlage zu geben, ein auf Gesundheit ausgerichtetes Resilienzmanagement fortzuentwickeln.

Die aktuelle Diskussion über die Arbeitsbedingungen in einer Reihe von Branchen, die durch teils dramatisch hohe Infektionszahlen in den Fokus der Öffentlichkeit gerückt sind, solle als Anlass genommen werden, sich mit diesem Thema auch für Deutschland stärker zu beschäftigen. In der DNS wird menschenwürdige Arbeit bisher im Rahmen von Lieferketten und bezogen auf die Arbeitsbedingungen in der Produktion primär im Ausland aufgegriffen (vgl. Indikator 8.6 „Mitglieder des Textilbündnisses“). Diese Ausrichtung bleibe wichtig. Die aktuelle Diskussion sollte den Blick aber erweitern und Missstände im Pflege- und Gesundheitssektor, aber auch z. B. in der Landwirtschaft und der Nahrungsmittelproduktion sowie im Baugewerbe, durch die DNS adressieren und so dazu beizutragen, die gesetzlichen Rahmenbedingungen für menschenwürdige Arbeit (SDG 8) in Deutschland zu schaffen bzw. konsequenter umzusetzen.

Bezogen auf den Infektionsschutz weise beispielsweise eine aktuelle² [Studie](#) darauf hin, dass eine Übertragung durch Aerosole über mehrere Meter die teils sprunghaften Anstiege der Infektionszahlen in der Fleischverarbeitung erklären könnte. Vor diesem Hintergrund ratsame Schutzmaßnahmen, wie z. B. der Einsatz von Luftfiltern wie er in Operations- und anderen medizinischen Behandlungsräumen bereits Standard ist, könnten die COVID-19-Schutzverordnungen der Länder und den aktuellen "SARS-CoV-2-Arbeitsschutzstandard" sukzessiv ergänzen. Bezogen auf die generellen Arbeitsbedingungen, u. a. im Gesundheits- und Pflegesektor, gelte es „systemrelevante“ Arbeit auch angemessen zu validieren, z. B. indem [interessierte und dringend gesuchte Berufsanfänger](#) attraktive Einstiegsbedingungen vorfinden und (ältere) Mitarbeitende durch familienfreundliche und altersgerechte Arbeitsplätze entlastet werden. U. a. mit dem Sozialschutzpaket und dem Kurzarbeitergeld werde bereits dafür gesorgt, Arbeit in Deutschland in der Pandemie zu erhalten und menschenwürdig zu gestalten. Vor dem Hintergrund der aktuellen Entwicklungen wird empfohlen, mit der DNS einen Anstoß dafür zu geben, die Ressortpolitik für die Verbesserung der Bedingungen für menschenwürdige Arbeit in Deutschland und den (globalen) Lieferketten – weiter zu sensibilisieren.

Die COVID-19-Pandemie stelle auch drängende Querbezüge zu den umweltpolitischen Herausforderungen in den Vordergrund. Dirk Weller berichtet von der wachsenden Bedeutung von Gesundheit und Umwelt für Jugendliche als Haupttrends der [Sinus-Jugendstudie 2020](#), an der auch die BARMER mitgearbeitet hat. Die COVID-19-Pandemie habe Gesundheit massiv in den Fokus der Wahrnehmung gerückt und Jugendliche würden verstärkt angeben, unter Zukunftsängsten im Hinblick auf Umwelt und Klima zu leiden und verlangen, dass diese Themen gesamtgesellschaftlich angegangen werden, da ohne einen gesunden Planeten menschliche Gesundheit nicht möglich sei. Peter von Philipsborn weist daraufhin, das Konzept der „planetaren Gesundheit“ schließe menschliche Gesundheit mit ein. Petra Thürmann unterstreicht die weiterhin wichtigen Zielsetzungen der Energie- und Ressourcenschonung bspw. in Krankenhäusern sowie der Änderungen des Verordnungs- und Anwendungsverhaltens, um Grundwasser- und Bodenbelastungen durch Pharmakaeinträge zu reduzieren. Peter von Philipsborn sieht deutliche Bezüge von Gesundheit zu den Bereichen Ernährung und Mobilität. Fehl- und Überernährung und Bewegungsmangel seien Risikofaktoren für Krankheit und vorzeitigen Tod und das Ernährungssystem und der Verkehrssektor beeinflussen zugleich das Klima und andere Prozessen des globalen Wandels.

² bisher noch nicht Peer-reviewed.

Nachhaltige Ernährungs- und Mobilitätsmuster können synergistisch die menschliche Gesundheit und die natürliche Umwelt schützen. Während der Pandemie traten veränderte und nachhaltigere Verhaltensweisen auf, z. B. durch die zunehmende Nutzung von Fahrrädern in Innenstädten, sowie durch die Arbeit von zu Hause und durch wohnortnahe Urlaubsreisen. Diese Impulse sollten von der Politik aufgegriffen, skaliert und langfristig gefördert werden, z. B. durch das aktuell vom BMVi aufgesetzte Sonderprogramm „[Stadt und Land](#)“, das den Neu, Um- und Ausbau von Radverkehrsnetzen auch auf dem Land fördere. Aufbauend auf [Untersuchungen](#) zu Gesundheit und Biodiversität sollten, dem Ansatz der planetaren Gesundheit folgend, die Wechselwirkungen zwischen der Entstehung von Pandemien durch Zoonosen, dem Biodiversitätsverlust und der Verdrängung natürlicher Lebensräume stärker in den Blick genommen werden. Derzeit bereite ein [internationales Expertenteam](#) für die Intergovernmental Science-Policy Platform on Biodiversity and Ecosystem Services (IPBES) einen [Bericht](#) zu diesen Wechselwirkungen vor, in Vorbereitung auf die [75. Generalversammlung der VN](#) im September dieses Jahr.

Die Pandemie zeigt, wie wichtig die Beachtung und Analyse der zahlreichen Wechselwirkungen innerhalb des Gesundheitssystems und zu anderen Zielbereichen der Agenda 2030 / SDGs und der DNS sind. Neuere und umfassendere Konzepte, wie „One Health“ oder „Planetary Health“ unterstrichen diese Wichtigkeit. Das [Impulspapier der wpn2030](#) unterstreicht, dass die SDGs und auch die DNS einen strategischen Orientierungsrahmen für diesen erweiterten Blick böten. Dieser Orientierungsrahmen müsse aber mit Leben gefüllt werden, z. B. indem die Strategie konsequenter als bislang als Referenzrahmen für die zahlreichen themenübergreifenden Initiativen der Ressorts und aus den unterschiedlichen Politikfeldern heraus genutzt werde (S. 7). Besonders das Berichtswesen zur Strategie könnte die Analyse dieser Wechselwirkungen zukünftig deutlich stärker und unter Mitwirkung aller Ressorts und Akteure aus allen Politikfeldern miteinbezogen werden.

Der [Ressortbericht des BMG](#) sähe eine gelingende Gesundheitsförderung und Prävention in besonderem Maße von der Zusammenarbeit der verschiedenen Verantwortungsträger abhängig. Sebastian Gottschall ergänzt, dies träfe nicht nur auf die Pandemiesituation sondern auch auf andere gesamtgesellschaftliche Herausforderungen, wie den demographischen Wandel, zu. Ihre Bewältigung müsse als ressortübergreifende gesamtgesellschaftliche Aufgaben gesehen und vorangetrieben werden. Petra Thürmann empfiehlt, die regelmäßigen Ressortberichte zu nachhaltiger Entwicklung sowohl gegenseitig in Beziehung zu setzen als auch noch systematischer in die Analyse und in das Berichtswesen der DNS einzubinden. Die wissenschaftlichen politikberatenden Gremien der Bundesregierung und andere Akteure sollten mit dem entsprechenden politischen Auftrag versehen werden, sowohl die Erstellung der Ressortberichte als auch das Berichtswesen der DNS, z. B. über den jährlichen [Beirätedialog](#), systematisch zu begleiten und zu unterstützen. Bestehende Netzwerke, die an der Schnittstelle dieser Themen und Zielbereiche arbeiten sollten stärker in das Berichtswesen zur Strategie eingebunden werden, bspw. die [Deutsche Allianz Klimawandel und Gesundheit \(KLUG\)](#) das [Aktionsprogramm Klima und Gesundheit](#) und die derzeitige [Überarbeitung der Standards für Gemeinschaftsernährung der Deutschen Gesellschaft für Ernährung](#). So könne die Anbindung der Strategie an Politikfelder-spezifische Initiativen und Maßnahmen sichergestellt und damit sowohl ihre Aktualität als auch ihre Relevanz für alle Ressorts und Politikfelder deutlich erhöht werden.

Herausforderung 3:

Die multiplen politischen Ebenen (lokal, national, regional und global) auf denen die Agenda 2030 / SDGs wirken durch die DNS besser verbinden: Was lehrt uns die globale Pandemieerfahrung?

Der [Ressortbericht des BMG](#) betone, dass das Zusammenwirken verschiedener Verantwortungsträger*innen essenziell für eine gelingende nachhaltige Gesundheitsförderung und Prävention ist. Die erste globale Pandemie dieses Ausmaßes seit einhundert Jahren zeige sehr deutlich die Wechselwirkungen zwischen den verschiedenen Politikebenen, auf denen die Strategie angelegt ist und deren häufig noch unzureichendes Zusammenwirken. Die durch die Pandemie ausgelöste globale Krisenerfahrung erfordere, dass sowohl die Ursachen als auch die Auswirkungen lokal, national, regional und global betrachtet und in zukunftssträchtige Strategien auf allen politischen Ebenen übersetzt und gemeinsam vorangetrieben werden.

Auf globaler Ebene befinde sich die Bundesregierung aktuell in der Aktualisierung ihrer Strategie für globale Gesundheit von 2013. Die Aktualisierung müsse mit der Überarbeitung der DNS zusammengedacht werden und die Ziele nachhaltiger Entwicklung in der globalen Gesundheitsstrategie verankern. [Globale Initiativen](#) u. a. im Gesundheitsbereich sollen im Angesicht der Pandemiebewältigung weiterhin strategisch unterstützt werden. Die derzeitige Aktualisierung der globalen Gesundheitsstrategie von 2013 könnte mit der Überarbeitung der DNS und der Revision der Indikatoren für die globalen Nachhaltigkeitsziele / SDGs zusammen gedacht werden. Auch könnte die DNS durch bspw. eine systematische Einbindung in ihr Berichtswesen, Initiativen aus dem Gesundheitsbereich mit globaler Anbindung in ihrem Berichtswesen aufgreifen, wie z. B. die Initiative der Bundesärztekammer, den [„The Lancet Countdown on Health and Climate Change“](#) von deutscher Seite aus zu unterstützen, welcher global ausgerichtet ist und in 2019 einen ersten Policy Brief für Deutschland vorgestellt hat. Die [Lancet Commission on Synergies between Health Security, Universal Health Coverage and Health Promotion](#) hat die Zielsetzung, die Wechselwirkungen und Synergien zwischen den oft fragmentierten Einzelbausteinen des globalen Gesundheitssystems zu adressieren. Die aktuell gegründete [Lancet COVID-19 Commission](#) zielt auf die stärkere Einbindung der VN und interregionalen Institutionen in die Pandemiebewältigung ab.

Die [Berichtsplattform für die SDGs](#) des Statistischen Bundesamts zeigt die Berichterstattung zur DNS und die Berichterstattung aus Deutschland zu allen globalen Nachhaltigkeitszielen / SDGs. Sie hilft so gegenseitige Anpassungsbedarfe, wie z. B. im Fall von Indikator 16.2.3, zu identifizieren und gegebenenfalls anzupassen. Aufbauend auf einer der Kernempfehlungen des [Reflexionspapiers](#) der wpn2030 sollte, besonders auch mit Blick auf den für das nächste Jahr anstehenden freiwilligen Fortschrittsbericht (Voluntary National Review) Deutschlands zum Hocharangigen Politischen Forum der Vereinten Nationen (HLPF) 2021, die derzeitige Überarbeitung der DNS mit der kürzlich abgeschlossenen Revision der Indikatoren für die globalen Nachhaltigkeitsziele / SDGs verbunden werden. Die an der Überarbeitung der DNS beteiligten Akteure aus den verschiedenen Politikfeldern und Gesellschaftsbereichen sollten auch in die Erstellung des VNRs, beispielsweise mit einem politischen Auftrag zur Erstellung von Begleitberichten, miteinbezogen werden. Wie eingangs angesprochen, sollte vor dem Hintergrund von COVID-19 das Leitprinzip von „Niemanden zurücklassen“ deutlich in den Fokus dieser Prozesse gestellt werden. Dies darf aber nicht getrennt voneinander geschehen. Vielmehr sollten beide Strategien, die globale Agenda 2030 / SDGs und die DNS, zeigen, dass sich die Ungleichheitsscheren in unseren Gesellschaften durch die Pandemie nicht weiter öffnen und sowohl national als auch global von der Politik wahrgenommen werden. So könne der derzeitige politische „Blindflug“ unserer Gesellschaften in der Pandemie aufgehalten und die Agenda 2030 und die DNS Anstoß für ihre nachhaltige Bewältigung geben.

Auf europäischer Ebene sei Gesundheit bzw. die COVID-19-Pandemiebewältigung als Thema der deutschen EU Ratspräsidentschaft gesetzt. Maike Voss empfiehlt eine [strategische Schwerpunktsetzung der globalen Gesundheitspolitik der EU](#) vor dem Hintergrund der COVID-19

Pandemie mit Bezug auf die Agenda 2030 / SDGs. SDSN Germany empfiehlt in seiner aktuellen [Stellungnahme](#), die Überarbeitung der DNS wesentlich deutlicher mit der Ausgestaltung und Umsetzung des European Green Deals zu verbinden. Bislang greife der Green Deal zwar u. a. Aspekte planetarer Gesundheit auf, verweise an einzelnen Stellen auch auf Gesundheitsziele, klammere aber den Transformationsbereich „*human well-being and capabilities*“ als ganzen aus. Die DNS könnte weitere Impulse dahingehend geben, dass die Ausgestaltung und Umsetzung des Green Deals auf die benötigten Transformationsprozesse und ihre wechselseitige Bedingtheit auf europäischer Ebene eingeht, z. B. auf die [Kerntransformationsbereichen](#) des [Globalen Sustainable Development Reports \(GSDR\)](#). Aufgrund der Schlüsselrolle, die Deutschland in dem Vorantreiben dieser Transformationsprozesse in Europa spielen könnte, böte die Überarbeitung der DNS hierfür eine Chance. Auch zahlreiche der in der Veranstaltung formulierten Empfehlungen verweisen auf die Bedeutung der europäischen Ebene als Motor für nachhaltige Entwicklung. Beispielsweise sei für die Übersetzung des globalen Indikators 16.2.3 in die DNS relevant, dass die Europäische Kommission gerade eine [neue Strategie im Kampf gegen sexuellen Missbrauch](#) verabschiedet habe, im Zuge derer auf Europaebene eine zentrale Meldepflicht und -stelle für sexuelle Missbrauchsfälle geschaffen werden soll.

Da eine Strategie für die öffentliche Gesundheit in Deutschland bisher noch nicht vorgesehen sei, könnte die DNS strategisch mit aktuellen Initiativen aus dem Gesundheitsbereich verknüpft werden. Das [Zukunftsforum Public Health](#), ein Zusammenschluss von Akteur*innen aus Wissenschaft und Praxis, die sich für die Öffentliche Gesundheit einsetzen, entwickle seit 2016 eine Public Health-Strategie für Deutschland. Die bereits geleisteten Vorarbeiten könnten der Aktualisierung der DNS dienen. Außerdem könnte eine stärkere Einbindung von Akteuren aus dem Gesundheitsbereich in die DNS die Entwicklung einer solchen Strategie beschleunigen. Der [neue Pakt für den Öffentlichen Gesundheitsdienst](#) (ÖGD) aus dem Konjunkturpaket der Bundesregierung sieht u. a. eine strukturelle Stärkung des ÖGD auf kommunaler, Landes- und Bundesebene vor. Diese Initiativen könnten mit dem Maßnahmenkatalog der DNS verknüpft und in ihr Berichtswesen einbezogen werden. Frau Voss weist zur Einbindung der lokalen Ebene daraufhin, dass die [Deutsche Allianz Klimawandel und Gesundheit \(KLUG\)](#) es in kurzer Zeit geschafft habe, das Thema Klima in allen Bundesländern auf die Agenden der Ärztekammern und anderer medizinischer Berufsverbände zu setzen.

Die Pandemieerfahrung, wie wichtig die Verknüpfung und das effektive Zusammenwirken von Versorgungsstrukturen sei, z. B. von Gesundheitsämtern und Versorgungseinrichtungen, Krankenhäusern und sozialen Diensten. Christa Liedtke fordert, die Kommunen, wie aktuell im Konjunkturpaket, stärker zu ermächtigen, um zum Beispiel die Stadtplanung in Richtung mehr Gesundheit und Klimagerechtigkeit entwickeln zu können. Alle Teilnehmer*innen sehen lokale Strukturen und ihr Zusammenwirken als wichtigen Erfolgsfaktor für die bisherige Pandemieeindämmung. Aus ihren unterschiedlichen Blickwinkeln berichten sie aber auch von Engpässen und Schwierigkeiten. Beispielsweise hätten manche der bei der [Kinderschutzhotline](#) gemeldeten Fälle nicht weiterversorgt werden können, weil die weiterbetreuenden Einrichtungen zeitweise geschlossen wurden. Für eine Gewährleistung der Gesundheitsversorgung, auch in künftigen Krisensituationen, sollten diese Engpässe und Schwierigkeiten evaluiert und die benötigten Kooperationsstrukturen weiter ausgebaut und verstetigt werden.

Die in diesem Bericht dargestellten Impulse für die Überarbeitung der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie wurden in Kooperation von den Geschäftsstellen der veranstaltenden Organisatoren zusammengetragen und von den Impulsgeber*innen durchgesehen und freigegeben. Mit Verweis auf den bereits aus dem Beirätedialog 2019 entstandenen [Bericht](#) mit Empfehlungen zur Überarbeitung der DNS, möchten die in dieser Veranstaltung zusammengekommenen Vertreter*innen, u. a. der wissenschaftlichen Beratungsgremien der Bundesregierung, ihre Bereitschaft zur Unterstützung der hier vorgeschlagenen Initiativen unterstreichen. Die hier zusammengetragenen Impulse aus der ersten Veranstaltung der geplanten Veranstaltungsreihe „Beiräte im Gespräch“ werden zudem als ein Impuls in den Beirätedialog 2020 eingebracht.

Übermittelt: Potsdam / Bonn, 20.08.2020

Kontakt:

Dr. Anne Ellersiek

Wissenschaftsplattform Nachhaltigkeit 2030 –wpn2030

c/o Institute for Advanced Sustainability Studies e.V.
(IASS)

Berliner Str. 130
14467 Potsdam

Tel.: +49-331-28822-410

www.wpn2030.de

anne.ellersiek@iass-potsdam.de

Adolf Kloke-Lesch

SDSN Germany

c/o Deutsches Institut für Entwicklungspolitik (DIE)

Tulpenfeld 6
D-53113 Bonn

Telefon +49 (0)228 94927-224

www.sdsngermany.de

kloke-lesch@sdsngermany.de

wissenschaftsplattform nachhaltigkeit 2030

Über die
wpn2030

Die Wissenschaftsplattform Nachhaltigkeit 2030 ist ein zentraler Ort der Wissenschaft, an dem sie drängende Fragen der Nachhaltigkeitspolitik reflektiert und diskutiert – im Austausch mit Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. Wissen für Nachhaltigkeit wird dort zusammengetragen und weitergetragen, insbesondere im Hinblick auf die Umsetzung der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie. Die Plattform arbeitet unabhängig und ist systematisch eingebunden in den offiziellen politischen Steuerungs-, Dialog- und Umsetzungsprozess der Agenda 2030. Träger der Plattform sind SDSN Germany, DKN Future Earth und das IASS Potsdam

Mitglieder des
Lenkungskreises

Günther Bachmann, Marianne Beisheim, Jetta Frost, Jörg Hacker, Reiner Hengstmann, Thomas Holtmann, Daniela Jacob (Co-Vorsitzende) Adolf Kloke-Lesch (ex officio), Stephan Lessenich, Christa Liedtke (Co-Vorsitzende), Kai Lindemann, Karsten Löffler, Ursula Mathar, Klaus Milke, Alexander Müller, Patrizia Nanz (Co-Vorsitzende), Jürgen Renn, Ulrike Schell, Falk Schmidt (ex officio), Dennis Snower, Sebastian Sonntag (ex officio), Olaf Tschimpke, Markus Vogt, Joachim von Braun, Hilmar von Lojewski, Marion Weissenberger-Eibl

Kontakt

Geschäftsstelle Wissenschaftsplattform Nachhaltigkeit 2030
Falk Schmidt, Leiter Geschäftsstelle
c/o Institute for Advanced Sustainability Studies e. V. (IASS)
Berliner Str. 130, 14467 Potsdam
Tel.: +49-331-28822-456
www.wpn2030.de, info.wpn2030@iass-potsdam.de

Redaktion

Anne Ellersiek, Adolf-Kloke Lesch, Bastian Strauch

ViSdP

Prof. Daniela Jacob
Prof. Christa-Liedtke
Prof. Patrizia Nanz

Wissenschaftliche
Trägerorganisationen



GEFÖRDERT VOM



Bundesministerium
für Bildung
und Forschung